

Im Namen der Natur

Frösche, die vor Gericht ziehen, Flüsse, die klagen: Die Idee, dass Ökosysteme auch Rechtssubjekte sein können, ist in Zeiten der Klimakrise notwendig. Ein Plädoyer

Von Wolfgang Janisch

Vergangenes Jahr hat das Landgericht Erfurt dem Europäischen Gerichtshof eines der zahllosen Diesel-Verfahren vorgelegt, es geht um Schadenersatz wegen der berüchtigten Abschalteinrichtungen. Eigentlich ein ganz normaler Vorgang, deutsche Gerichte betreiben mit dem EuGH eine Art Dauer-Pingpong, weil nur er verbindliche Leitlinien fürs EU-Recht formulieren darf. In diesem Fall aber war dem Gericht aus Thüringen daran gelegen, den EU-Richtern eine kühne Idee anzutragen, die dazu beitragen soll, Dieselmanipulationen und anderen Umweltschweinereien möglichst einen Riegel vorzuschieben. Man könnte doch, sinnierte das Landgericht, die EU-Grundrechtecharta so umdeuten, dass dadurch die Natur oder Ökosysteme wie Flüsse und Wälder eigene Rechte hätten – „als Rechtssubjekte“. Denn in der Charta werde vielfach der Begriff „Person“ verwendet, der offen genug sei, um darunter Ökosysteme zu fassen oder sogar einzelne Bäume. „Die Rechtssubjektivität von Ökosystemen liegt in der Logik der Rechtsentwicklung“, fand das Landgericht.

Ich, der Wald. Ich, der Fluss. Ich, der Baum.

Mal abwarten, was das EU-Gericht mit dem unweit des Thüringer Waldes entstandenen Vorschlag anfängt. Am Gerichtshof in Luxemburg kennt man sich mit Arbeitnehmerentsendung und Warenverkehrsfreiheit aus oder mit Körperschaftssteueranrechnung und Zementkartellen. Dass die EU-Richter nun mit der Natur in Dialog treten, um zu fragen, wie sie das so findet mit dem Dieselskandal, käme da schon sehr überraschend.

Dabei muss man sagen: Die Natur als Rechtssubjekt anzuerkennen, mag im technokratischen EU-Kontext befremdlich erscheinen und wahrscheinlich auch im nüchternen deutschen Rechtssystem. Die globale Perspektive ist eine andere. In Neuseeland hat das Parlament im Jahr 2017 dem Whanganui-Fluss eigene Rechte eingeräumt. „Te Awa Tupua“ („Fluss als Ahne“), so heißt es im Gesetz, „ist eine unteilbare und lebende Gesamtheit von den Bergen bis zum Meer, er umfasst den Whanganui-Fluss und all seine physischen und metaphysischen Elemente.“ In Indien hat ein Gericht die Flüsse Ganges und Yamuna zu Personen des Rechts erklärt, „mit allen Rechten, Pflichten und Verbindlichkeiten einer lebenden Person“. Denn beide, Ganges und Yamuna, würden von den Hindus angebetet, die eine spirituelle Verbindung zu ihnen hätten, hält das Gericht fest. In Pennsylvania, USA, wurden schon 2006 in der Kommune Tamaqua Borough eigene Rechte eines Ökosystems anerkannt, eine Idee, die auch andernorts in den USA Schule machte. Berichtet wird, dass zwei Seen Klage erhoben haben, zudem zwei Flussarme und ein Sumpf.

Am meisten klagende Flüsse gibt es in Lateinamerika. Ecuador stattete 2008 als erstes Land der Welt die Mutter Erde, die Pachamama, in der Verfassung mit eigenen Rechten aus. In Bolivien wurden 2010 und 2012 die Rechte der Mutter Erde gesetzlich festgeschrieben. In Kolumbien hat das Verfassungsgericht dem Atrato-Fluss den Status eines „Subjekts eigener Rechte“ verliehen, mit den Rechten auf Schutz vor einem Wasserkraftprojekt sowie vor dem illegalen Abbau von Mineralien mithilfe von Merkur und Zyanid. Ähnliches gilt für den kolumbianischen Teil des Amazonas-Regenwaldes, und auch in Guatemala hat 2019 ein Fluss vor Gericht gewonnen.

In Europa kennt man die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und die Vogelschutzrichtlinie, in

Deutschland das Bundesnaturschutzgesetz, das Tierschutzgesetz, das Pflanzenschutzgesetz, auch ein Umweltschadengesetz gibt es und vieles mehr. Danach können aber weder Vögel oder Wildtiere noch Wälder oder Flüsse klagen. Für Robben wurde das mal versucht, Umweltverbände beantragten 1988 im Namen der „Seehunde in der Nordsee“ gerichtlichen Schutz gegen das Robbensterben. Das Verwaltungsgericht Hamburg wies den Antrag kühl ab, weil die „Befähigung, Träger von Rechten zu sein, nur dem Menschen zugeordnet“ sei. In Bayern fordert ein Volksbegehren derzeit „Gib der Natur Rechte!“. Mal sehen, was draus wird.

Klar, die Natur wird in Deutschland geschützt mit einem Paragrafenaufwand, der seinesgleichen sucht. Aber eben nicht um ihrer selbst willen. Im Wasserhaushaltsgesetz steht, geschützt werden „Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut“.

Als nutzbares Gut. Wenn die Menschen in Europa also ein wenig ratlos vor farbigen juristischen Texten aus anderen Weltgegenden stehen, in denen – wie in Guatemala – von „Imox“ die Rede ist, dem Schutzgeist der Flüsse und Seen, dann liegt das eben auch an den Menschen in Europa. Beziehungsweise an einer europäischen Perspektive, in der sich die Menschen die Erde, die Wälder, die Gewässer unterworfen haben, um von ihnen zu leben, nicht mit ihnen. Um sie zur Verfügung zu haben – als nutzbares Gut. Diesem anthropozentrischen Pfad folgt selbst der zu Recht viel gerühmte Klimaschutzbeschluss des Bundesverfassungsgerichts. Sein Fokus richtet sich auf die Rechte künftiger Generationen. Also auf die Menschen, die vor dem Klimawandel bewahrt werden müssen. Die Reduktion des Kohlendioxids dient dazu, die Natur wieder unter Kontrolle zu bringen, damit der Mensch darin leben kann. Es geht nicht um Götter und Geister, sondern um die Funktionsfähigkeit der Lebenswelt.

Nun sollte man sich davor hüten, die Gerichtsklagen der Flüsse und Wälder zu romantisieren. Ökosysteme als „Rechtssubjekt“ zu behandeln, ist zunächst einmal eine juristische Konstruktion, die den Zweck hat, Klagen zum Schutz der Natur erstens möglich und zweitens gerichtlich handhabbar zu machen. Das ist gar nicht so furchtbar exotisch, im Recht gibt es viele solcher Konstrukte. Wirtschaftsunternehmen oder Körperschaften zum Beispiel können ebenfalls als juristische Person Klage einreichen, obwohl sie genauso wenig persönlich vor Gericht erscheinen können wie ein Fluss oder ein Baum. Selbst Staaten können klagen. Sie benötigen dazu einen Vertreter.

Das ließe sich für die Natur ebenfalls einrichten. Und vielleicht wäre das sogar irgendwie gerecht. Jens Kersten, der als Rechtsprofessor in München über Natur und Gesellschaft im Anthropozän forscht, findet die Verteilung der Rechtssubjektivität durch das Grundgesetz nicht mehr zeitgemäß. Denn Menschen und Unternehmen können als Rechtssubjekte ihre Interessen unmittelbar selbst durchsetzen. „Dies gilt insbesondere auch dann, wenn es um die Zerstörung der Umwelt und die Tötung von Tieren geht“, schrieb er vor zwei Jahren in der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“. Der Schutz der Natur aber bleibe dahinter zurück. „Es ist schlicht unfair, wenn wirtschaftlichem Kapital Rechte zustehen, der Natur aber nicht.“

Ehrlicherweise muss man aber zugeben, dass es – selbst wenn Flüsse klagen – natürlich auch oder gar in erster Linie um Menschen geht. In Ecuador zum Beispiel, wo Mutter Erde seit 2008 in der Verfassung steht, nennen die Gerichte Natur und Menschen meist im selben Atemzug, schreibt der Jurist Andreas Gutmann in seiner Dissertation. Als 2018 eine indigene Gemeinschaft von 37 Familien aus der Region Sucumbíos im Amazonasgebiet gegen illegalen Bergbau klagte, gab das Provinzgericht ihr recht. Verletzt seien die Rechte der Natur, aber auch die Menschenrechte; beide seien eng miteinander verbunden.

Und selbstredend kann, wer stellvertretend für die Natur vor Gericht zieht, ganz menschliche Eigeninteressen im Sinn haben. Im Jahr 2011 wehrten sich Naturschützer in Ecuador gegen ein Straßenbauprojekt. Tonnen von Baumaterial beeinträchtigten den Lauf des Flusses Vilcabamba, es drohten Überflutungen. Vor dem Gericht der Provinz Loja traten als Vertreter des Flusses ein Mann und eine Frau auf. Der Fluss gewann den Fall, das Projekt verletze die Rechte der Natur, befand das Gericht. Gewonnen hatten freilich auch die Vertreter; sie hatten ein Grundstück am Fluss gekauft, auf dem sie ein Tourismusgewerbe eröffnen wollten.

Das Rechtssubjekt Natur ist also erst einmal nur eine außereuropäische Innovation aus der juristischen Toolbox. Übrigens eine Innovation, mit der die Justiz sich ermächtigt, als effektive Institution selbst für den Schutz von Umwelt und Natur zu sorgen – oft genug in Ländern, in denen korrupte Regierungen in dieser Hinsicht versagen. Ob in Europa damit mehr zu holen wäre als mit den vertrauten Grundrechten, ist schwer zu sagen. Im Karlsruher Klimaschutzbeschluss geht es um die Freiheit der jungen Generation. Freiheit als ein altes Grundrecht, diesmal eben in neuem Gewand. Dem Bundesverfassungsgericht hat das genügt, um Deutschland zu stärkeren Anstrengungen beim Klimaschutz zu verurteilen. Das war eine grundstürzende Neuerung. Das Gericht musste die Natur dafür nicht persönlich hinzubitten.

Der Karlsruher Beschluss zeigt, dass auch ohne die Subjektivierung der Natur wirkungsvolle Klimaschutzklagen möglich sind. Juristisch betrachtet wäre ein Klagerecht für Flüsse in Deutschland nicht notwendig und wahrscheinlich auch nicht hilfreich; Rechtssysteme haben ihre eigenen Kulturen, da lassen sich Importe nicht so ohne Weiteres einbauen.

Der größte Nutzen, der sich aus dem Konzept der klagenden Flüsse und Wälder ziehen lässt, dürfte deshalb außerhalb der juristischen Welt liegen. Es beflügelt die Fantasie und sorgt für Inspiration, vielleicht auch für Sensibilität. All dies werden gerade die westlichen Gesellschaften dringend benötigen, wenn sie die Transformation bewältigen wollen, die der Klimawandel erzwingt.

Denn von der Idee, die Natur als eine Entität zu betrachten, geht eine große Faszination aus. Das hat auch damit zu tun, was den Menschen in ihrem anthropozentrischen Machertum abhandengekommen ist – Demut. Es scheint, als stecke in der spirituellen Verbundenheit indigener Gemeinschaften mit ihrer Umwelt eine tiefe und in unseren Breiten verschüttete Weisheit: die Anerkennung der Tatsache, dass sich der komplexe und allumfassende Organismus namens Natur am Ende der Unterwerfung und Kontrolle doch wieder entzieht, weil wir ihre Reaktionen nicht bis ins Letzte zu entschlüsseln und schon gar nicht vorherzusagen vermögen.

Sie hat, wie wir Menschen, ihre ganz eigenen Reizbarkeiten. Dass unseren Gesellschaften dies allmählich dämmert, sieht man an der eindringlichen Warnung vor den Kipppunkten, die in der Klimadiskussion eine entscheidende Rolle spielen. Wann diese Punkte erreicht sind, weiß niemand genau. Aber wahrscheinlich wird ihr Überschreiten eine nicht mehr kontrollierbare Kaskade von Katastrophen auslösen. Mit etwas Fantasie fällt es leicht, sich dies als furchterregenden Wutausbruch vorzustellen. Ganz so wie in Tolkiens „Herr der Ringe“. Als die Ents, die Baumhirten, ihre Welt bedroht sahen, marschierten sie gegen Isengart und zerstörten es in ihrem Furor. In der Gefahr erwachten die Bäume zum Leben.

Das ist Fantasy, aber manchmal bestimmt die Fantasie die Wirklichkeit. In Peru wehrten sich Anwohner gegen ein Bergbauprojekt, eine Mine sollte in den Berg Ausgangs getrieben werden. Der Berg werde erzürnen, warnten sie. Und es werde Tote geben.

